

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Unterhausdebatte.

## Bonar Law über Frankreichs Vernichtungspläne.

Die Rede, die der englische Premierminister Bonar Law gestern im Unterhaus gehalten hat, gibt ein ziemlich vollständiges Bild von der Unfähigkeit der europäischen Völker, ihre Angelegenheiten in vernünftiger, ihnen allen dienender Weise zu ordnen. Es hat keinen Zweck, in diesem Augenblick der englischen Politik ihre in der Vergangenheit begangenen Fehler vorzurechnen, es ist auch überflüssig, weil England diese Fehler kennt und heute selber schwer an ihnen trägt. Herr Bonar Law sieht die Lage geradezu trostlos, er findet aus ihr keinen Ausweg, und nur gleichsam aus dem Gefühl heraus, daß er seine Hörer nicht ganz ungetröstet entlassen könne, hat er zum Schluß das Hoffnungsstückchen einer englischen Intervention schwach ausleuchten lassen. Er wird sich nicht wundern, wenn die Welt von nun an wie gebannt auf dieses Stückchen starren wird.

Bonar Law's Rede enthält eine schwere Mißbilligung der französischen Politik. Diese Mißbilligung wirkt auf uns Deutsche allerdings etwas enttäuschend, weil sie sich nicht auf die rechtlichen und moralischen Gründe stützt, die wir gegen die Ruhraktion Poincarés geltend machen. Wir erinnern uns, wie England während des Weltkriegs nicht nur mit Geld und Waffen, sondern auch mit dem Schwergewicht einer starken moralischen Autorität gegen Deutschland gewirkt hat. England hat diesmal auf die Rolle eines Hüters der internationalen Moral verzichtet — aus begreiflichen Gründen, denn es will den schweren Konflikt, in dem es sich mit Frankreich befindet, nicht auf einer Bahn sich weiter entwickeln lassen, die für die ganze Menschheit eine ungeheure Gefahr bedeuten würde.

Auf der anderen Seite hat der englische Ministerpräsident das Vorgehen Frankreichs als etwas bezeichnet, was nach Talleyrands berühmtem Wort schlimmer ist als ein Verbrechen, als einen Fehler. Er hat es verhängnisvoll und gefährlich genannt. Und er hat zugleich die tiefsten psychologischen Gründe dieses politischen Fehlers aufgezeigt, indem er das Zweifelseelenwesen der französischen Politik enthüllte, die auf der einen Seite ein Deutschland will, das bezahlt, auf der anderen aber ein Deutschland fürchtet, das bezahlen kann. Als Hauptgrund für die Ablehnung des englischen Vorschlags auf der Pariser Konferenz bezeichnet er die Sorge Frankreichs, Deutschland würde die Summe von 50 Milliarden Goldmark in 15-20 Jahren bezahlen können und dann wieder stark sein. Ist diese Darstellung Bonar Law's richtig, so ergibt sich aus ihr mit zwingender Folgerichtigkeit, daß eine Lösung des deutsch-französischen Problems überhaupt nicht möglich ist, solange nicht in der französischen Politik eine grundlegende Aenderung eintritt.

Die gegenwärtige Politik Frankreichs verfolgt — immer nach Bonar Law — das doppelte Ziel, Deutschland zahlen zu lassen und eine Erholung Deutschlands zu verhindern. Wenn aber Deutschland sich nicht erholt, dann kann es nicht bezahlen, und wenn es nicht bezahlen kann, wird es weiter gehindert, sich zu erholen. Frankreichs Politik ist danach die furchtbarste Politik, die je ein siegreiches Volk gegenüber einem besiegten Volke getrieben hat, eine Politik, die das besiegte Volk zum Widerstand zwingt, solange es nicht der völligen Vernichtung anheimgefallen ist.

Für diese Politik fordert nun Frankreich Englands Unterstützung, mit dem scheinbaren Vorwand, daß sich Deutschland einem gemeinsamen englisch-französischen Druck gefügt haben würde. Die Widerlegung dieses Vorwands liegt in Bonar Law's Rede selbst, denn kein Volk kann sich einer Politik fügen, deren Ziel seine Vernichtung ist. Die Arbeiter an der Ruhr würden sich genau so gewelchert haben, unter englischen Bojotten zu arbeiten, wie unter französischen und belgischen. Die Katastrophe wäre also nicht weniger schlimm, sondern um so schlimmer geworden, wenn etwa England ebenso wie Belgien, im Bewußtsein, einem Wahnsinnigen Vasallendienste zu leisten, seine Soldaten an die Ruhr geschickt haben würde.

In ersten Pariser Stimmen über die gestrige Unterhausdebatte ist zu erkennen gegeben, daß Frankreich jede Lösung durch einen Schiedspruch und jede englische Intervention ablehnt. Geben diese Stimmen die in Paris herrschende Auffassung richtig wieder, so ergibt sich aus ihnen, daß die französische Regierung den Teil I des Vertrages von Versailles, der vom Völkerbund handelt, außer Kraft gesetzt hat, und daß sie von der Engländer nichts mehr wissen will. Sie nimmt die friedensschaffende Tätigkeit des Völkerbundes nicht an, sie lehnt auch den freundschaftlichen Rat des Allierten ab, dem Frankreich seine Rettung im Kriege verdankt, sie will von England nicht mehr gleichberechtigte Bundesgenossenschaft, sondern Gefolgschaft.

Es ist klar, daß eine Regierung, die von einem derart überbrannten Machtdenkens erfüllt ist, kein anderes Ziel der Ruhraktion sehen kann als das der Unterwerfung Deutschlands. Für sie bedeutet eine ehrliche Verständigung zwischen den beiden Völkern schon den Sieg eines gefährlichen Feindes und die eigene Niederlage. Da sich die Mehrheit der französischen Kammer mit dieser Regierung solidarisiert, erscheint die

Lage vorläufig unentwirrbar. Denn ein neuer Sieg des bis an die Zähne bewaffneten Frankreich über das waffenlose deutsche Volk wäre keine endgültige Lösung, er würde das Elend des deutschen Volkes und ganz Europas nur vermehren und in Deutschland Kräfte der Verzweiflung wecken, die angesichts der geschichtlich erwiesenen, auch heute zu beobachtenden allmählichen Umlagerung der Machtverhältnisse auf die Dauer nicht ohne Hoffnung bleiben würden.

Es gibt keine wirkliche Lösung, solange sich nicht alle Gegner des imperialistischen Machtmahnsinns, innerhalb und außerhalb Frankreichs, alle Anhänger eines gerechten und dauerhaften Friedens zu einem Weltbund der friedlichen, gewaltlosen Aktion zusammengefunden haben. Nie hat sich die Notwendigkeit eines wahren Völkerbundes deutlicher gezeigt als jetzt. Kein Staatsmann kann vor der Tatsache die Augen verschließen, daß nur eine solidarische Aktion der Welt den Frieden der Welt wiederherstellen kann, und keiner kann die Kräfte verkennen, die für die Lösung dieser Aufgabe in der internationalen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt in der deutschen Sozialdemokratie, bereitstehen.

### Die Rede Bonar Law's.

London, 14. Februar. (Eca.) Bonar Law wurde im Unterhaus mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er kündigte zunächst ein Bismarck mit dem genaue Bericht über die Louvanner Konferenz an, besprach kurz die Orientfrage und sagte dann

### zur Reparations- und Ruhrfrage:

Ich komme zu der wesentlichsten Frage des Augenblicks, zu den Reparationen im Ruhrgebiet. Wir haben in der Pariser Konferenz nicht die Gelegenheit gehabt, die Politik der englischen Regierung klarzulegen. Bonar Law äußerte sich alsdann über die Mißverständnisse während der letzten Pariser Verhandlungen und über den Gegensatz zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt. Das allgemeine Motiv, erklärte er, war folgendes: Die Finanzlage Deutschlands macht ein

### Moratorium unvermeidlich.

Ich glaube, daß dies auch die Ansicht Frankreichs ist. Als wir zu den Verhandlungen kamen, bemühten sich die Franzosen, sofort sehr bedeutende Summen zu erhalten, die unsere Sachverständigen erst nach Ablauf des Moratoriums zu erhalten hofften. Mit anderen Worten: die Franzosen wollten wohl den Namen, aber nicht die Tatsache eines Moratoriums annehmen. Unsere Vorschläge waren reichlich überlegt und hatten nicht bezweckt, Deutschland zu retten, sondern nur das festzustellen, was Deutschland wirklich zahlen konnte. Das war der Sinn unseres Vorschlags.

Wir wollten kein Moratorium geben, ohne die notwendigen Sicherheiten zu verlangen. Wir schlugen zunächst vor, daß Deutschland einen sofortigen Versuch zu machen habe, um seine Wechselkurs zu stabilisieren und sein Budget auszugleichen. Hierzu sollte ein Rat von 6 Personen geschaffen werden, von denen vier durch die Alliierten gestellt, die beiden anderen ein Amerikaner und ein europäischer Neutraler sein sollte; wenn Deutschland sich in irgendeinem Augenblick, selbst während der ersten 6 Monate weigern sollte, diese Politik zur Anwendung zu bringen, würden wir bereit sein, uns an die Seite Frankreichs zu stellen, um die notwendigen Sanktionen zu ergreifen und die Durchführung dieser Politik zu erzwingen. Vor allen Dingen müßte jedoch ein

### Moratorium von 4 Jahren

gewährt werden, das durch dieses Schiedsgericht auf zwei Jahre hätte reduziert werden können. Ueber die Summen, die Deutschland in der Lage war zu bezahlen, waren wir unterrichtet, denn die ausländische Sachverständigenkommission, die von der deutschen Regierung eingeladen worden war, hatte die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen ihrer Ansicht nach Deutschland zahlen könnte. Wir beschloßen infolgedessen, den Betrag von 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling festzusetzen, mit dem Unterschied, daß die letzte halbe Milliarde von der Entscheidung des Schiedsgerichtes abhängen sollte, ob Deutschland diese letzte Zahlung ausführen könnte oder nicht. Unser Vorschlag — und ich bedaure dies sagen zu müssen — wurde von Frankreich verworfen, ohne wenigstens als Grundlage für eine Diskussion angesehen zu werden.

### Dollar 23000-24000.

Die Reichsbank setzte heute ihre Stützungsaktion zugunsten der Mark fort. Sie warf heute beträchtliche Mengen ausländischer Zahlungsmittel auf den Markt, um die Devisenkurse zu drücken. Der Kurs des Dollars ermäßigte sich infolgedessen im Verlaufe der ersten Börsenstunden auf 23000 bis 24000. In unterrichteten Kreisen rechnete man mit weiteren Rückgängen, da bei dem jetzigen geringen Umsatze des Devisengeschäfts das Vorgehen der Reichsbank so gut wie gar keinen Schwierigkeiten begegnet.

Am Effektenmarkt hat diese unerwartete Wendung eine allgemeine Detourne hervorgerufen. Die heutigen Kursstürze erweckten lebhaft an die ähnlichen Vorgänge am schwarzen Donnerstag (1. Dezember 1921). Vorläufig lassen sich die großen Verluste, die heute den Effektenpekulanten entstanden sind, kaum absehen, da sich die Kursfestsetzung infolge des großen Angebots bis in die späten Nachmittagsstunden hineinzieht. Die Russpekulanten zeigen heute noch keine Neigung, auf Grund der ermäßigten Kurse Käufe vorzunehmen. Man nimmt an, daß der kommende Freitag noch im Zeichen der Depressions stehen werde.

Seit meiner ersten Unterhaltung mit Herrn Poincaré in London habe ich mit Bedauern festgestellt, daß die Aussichten für ein Abkommen sehr gering waren. Er erklärte mir in Paris sehr genau, daß dies wirklich so sei.

Asquith fragte in diesem Augenblick, auf welchen Grundlagen die französische Regierung die englischen Vorschläge zurückgewiesen habe und ob diese Grundlogen bekannt seien.

Bonar Law antwortete: Jamahl, diese Vorschläge waren berart, daß ich nur eine schwache Hoffnung hatte, zu einer Übereinkunft gelangen zu können. In London erklärte Poincaré uns ausdrücklich, daß zwei Bedingungen für ihn wesentlich seien. Die erste bestand in der Befestigung des Ruhrgebietes. Dies konnten wir nicht annehmen. Wir erhoben keinen Einspruch dagegen, eine gewisse PreSSION auf Deutschland auszuüben, aber wir wollten diesen Druck nicht unternehmen, um Deutschland zu zwingen, Verpflichtungen zu erfüllen, die deutlich über seine Leistungsfähigkeit hinausgingen. Andererseits gab Poincaré uns gleichzeitig an, daß er wünschte, daß der von Deutschland zu verlangende Betrag nicht geändert würde, außer wenn irgend einer der Alliierten seine Forderungen reduzierte. Diese beiden Bedingungen schienen mir ein Abkommen unmöglich zu machen. Alsdann gingen wir nach Paris. Die Motive unserer Vorschläge waren folgende: Man erklärte uns zunächst, daß unser Vorschlag mit dem Versailler Vertrag nicht übereinstimme. Wir antworteten durch eine Note, in der wir in unwiderleglicher Form darlegten, daß unser Vorschlag mit dem Versailler Vertrag nicht in Widerspruch stehe. Andererseits hätten wir aber auch kein endgültiges Angebot gemacht. Wir waren geneigt, über unseren Vorschlag zu diskutieren und notwendige Aenderungen vorzunehmen.

### Unser Vorschlag wurde aber gar nicht diskutiert.

er wurde einfach verworfen, weil wir für die Schiedskommission einen deutschen Präsidenten vorschlugen. War dies ein psychologischer Fehler? Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall war unser Gedanke der, daß man bei der Festlegung des Schuldbetrages, den man von Deutschland verlangen wollte, sich mit allen Vorsichtsmaßnahmen umgeben müsse, um vor der ganzen Welt unsere Unparteilichkeit darzulegen. Meiner Meinung nach wurde unser Vorschlag aus ganz anderen Gründen verworfen. Wir schlugen eine Summe von 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling vor. Aber es schien unseren französischen Alliierten, daß es vielleicht Deutschland möglich sein würde, in 15 oder 20 Jahren die Gesamtheit dieser Summe zurückzuzahlen und sich alsdann in jeder Hinsicht in einer stärkeren Situation befinden als vor dem Kriege. Dies

### Gefühl des Mangels an Sicherheit, das niemand aus dem Götter der Franzosen entfernen kann.

stand im Vordergrund und bildete die Grundlage für die Verwerfung unserer Vorschläge.

Bonar Law verteidigte sich alsdann gegen den Vorwurf, daß er den Betrag der Reparationen reduzieren wollte und versichert seinen Willen, von Deutschland alles das zu erreichen, was ihm irgendwieweit menschenmöglich sei, zu bezahlen. Seine französische Regierung hätte vor der augenblicklichen französischen Kammer auch nur einen Tag länger bestehen können, wenn sie unsere Vorschläge angenommen hätte. Dorum möchten die französischen Politiker wie das französische Publikum gern Geld von Deutschland, weil die Bilanzierung ihres Budgets davon abhängt. Gleichzeitig aber fürchten sie ein Deutschland, das stark genug wäre, um bezahlen zu können. Er, Bonar Law, habe angeboten, die französischen und italienischen Schulden gegenüber Großbritannien zu annullieren wenn der englische Vorschlag angenommen würde; wenn die Finanzlage Englands stark ist, so komme dies daher, daß das englische Volk unpopuläre Steuern zahle. Frankreich hat jedoch beschlossen, seine Pläne durchzuführen. Wir konnten nicht zu unseren Alliierten sagen: Wenn ihr dies oder jenes tut, dann ist es mit der Entente vorbei. Das wäre nicht klug gewesen. Als ich die Macht übernommen habe, hoffte ich, daß es mir möglich sein werde, an dem Wiederaufbau Europas teilzunehmen. Ich habe mich immer für einen aufrichtigen Freund Frankreichs betrachtet. Aber ich hatte die Ueberzeugung, daß Frankreich, wenn es nach seinem eigenen Plan handelte, etwas tue, was nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich verhängnisvoll sein würde. Wir haben in der letzten Sitzung der Pariser Konferenz erklärt, daß es nach unserer Meinung gefährlich und sogar

### verhängnisvoll für das wirtschaftlichen Europas

sein würde, wenn Frankreich seine Pläne ausführte. So ist es auch gekommen. Was später eingetreten ist, ist genau das, was man befürchtet, aber es ist dies noch nicht das Ende. Es ist durchaus wahr, daß Frankreich bisher noch keinen Ruhen vom Ruhrgebiet gehabt hat, aber es ist auch wahr, daß das Ruhrgebiet die Schlagader der deutschen Industrie ist und Frankreich hat, indem es diese Ader durchschneidet, allen Staaten ein ebenso großes Uebel zugefügt, wie sich selbst, Deutschland aber das größte. Jetzt wird ein Kampf der Ausdauer zwischen zwei Völkern geführt. Was auch kommen möge, ich sehe nicht, daß die Zukunft glänzender für uns wäre. Die französische Regierung hat sich auf dieses Abenteuer eingelassen, sie ist gewarungen, dies bis zum Ende durchzuführen. Wenn es ihr gelingt, von der deutschen Regierung das Ermittelte zu erlangen, dann bedeutet dies, daß die deutsche Regierung das Unvermeidliche annimmt. Auf welcher Grundlage wird man verhandeln können? Die französische Regierung wird niemals die bedeutende Summe erhalten, die sie verlangt. Das ist unmöglich. Aber ich muß als aufrichtiger Freund Frankreichs sagen, was die Franzosen aus dieser Operation erhalten können. Deutschland mit einer Bevölkerung, die in 20 Jahren mehr als doppelt derjenigen Frankreichs überlegen sein wird, bedeutet sicher eine Drohung für das Land. Aber diese Drohung ist nicht akut, sie liegt in der Ferne. Das Vorgehen unserer französischen Freunde hat den Erfolg gehabt, die Eingetragten der Parteien

in Deutschland zu stärken. Wenn diese Aktion den Erfolg hat, den Nationalismus in Deutschland zu vergrößern, dann allerdings wird die Gefahr für Frankreich später auslaugen.

Bonar Law machte dann die schon gemeldeten Ausführungen über die Frage der Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein und sagte dazu:

Sowohl die französische als auch die deutsche Regierung können leicht das Verbleiben unserer Truppen am Rhein unmöglich machen. Ich glaube, daß eine derartige Möglichkeit ein Unglück wäre. Solange die englischen Truppen dort sind, sind wir wenigstens in Kontakt mit der Situation und haben wenigstens die Möglichkeit, zum Teil die Lage zu kontrollieren, und obwohl man nicht voraussehen kann, wie alles enden wird, glaube ich, daß es sehr bedauerlich wäre, wenn

#### Das Ende der Entente

vorausgesehen werden könnte. Dies würde die Zurückziehung unserer Besatzungstruppen bedeuten. Herr Asquith schlägt vor, an den Völkerbund zu appellieren. Ich halte eine derartige Demarche für unnütz, da die Franzosen nichts davon wissen werden. Es kann sein, daß sie in mehreren Monaten eine derartige Intervention als möglich ansehen. In diesem Fall wäre der Augenblick gekommen, diesen Versuch zu machen, aber nicht jetzt. Bonar Law schließt mit folgenden Worten: Bei einem Bruch der Entente würden wir nur verlieren, nicht gewinnen. Ich habe eine gewisse Hoffnung, obwohl ich nicht sagen kann, worauf sie sich begründet, daß irgendein Ereignis eintreten wird, das uns gestattet wird, nützlich zu intervenieren.

#### Die Debatte.

Nach der Rede Bonar Lams ergriff der Sprecher der Arbeiterpartei, Genosse Ramsay MacDonald, das Wort, der u. a. ausführte: Nicht nur die Befehle des Ruhrgebietes, sondern die gesamte Idee, welche die Sieger bei der Formulierung ihrer Politik befehle, habe den Zustand des Chaos in Europa zustande gebracht. Alles, was getan worden sei, sei unmöglich gewesen. Zunächst seien unmögliche Reparationen gefordert worden, sodann seien unmögliche Sanktionen angewandt worden, dann eine verstärkte Sanktion, die die Fähigkeit des gestrafften Landes, die ursprünglichen Reparationen zu zahlen, verhindert habe; inzwischen werde durch Sanktionen der Reparationsbetrag vermehrt und schließlich sei man aus der Politik der Bestrafung eines unabhängigen Staates hinausgetrieben und unbewußt in

#### eine Politik des Imperialismus und der Annexionen

hineingetrieben worden. MacDonald sagte, er sei weder dafür, daß England Frankreich in allem unterstütze, noch daß es sich Frankreich direkt widersetze. Ramsay MacDonald erklärte unter Bezugnahme auf die Lausanner Konferenz, es würde besser gewesen sein, wenn man Rußland mehr in Rechnung gezogen hätte. (Widerspruch.) Die Zukunft werde schließlich dazu raten, Rußland anzuerkennen. Wir hoffen, sagte der Redner, daß der Vertrag mit der Türkei unterzeichnet wird. Ich bitte den Ersten Minister um Auskunft, ob irgendeine Mitteilung zwischen der französischen und der britischen Regierung erfolgt ist über die Stellung Englands im besetzten Kölner Gebiet, und ob irgendwie zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Anwesenheit der Engländer im besetzten Kölner Gebiet gebilligt werden soll, um Frankreich irgendwie zu helfen. MacDonald fragte weiter, ob Verhandlungen eröffnet worden seien mit Bezug auf die Anwerbung britischer Arbeiter für die Ruhrkohlenbergwerke, die Ruhrreisbahnen oder irgendwelche Industrien, ob irgendwie ein Versprechen gegeben oder irgendeine Mitteilung bindender Art oder so gut wie bindender Art darüber erfolgt sei, welches die wahren Zwecke Frankreichs bei der Befehung des Ruhrgebiets waren. Beschränkte Frankreich diese Operationen auf den Empfang von Reparationen oder sei es ein erster Schritt für die Proklamierung einer unabhängigen Rheinrepublik? Welches sei jetzt die Stellung Englands in der Reparationskommission? Welche Bräutigam weiter darin? Welches sei die Stellung des britischen Vizepräsidenten in der Rheinlandkommission, werde er weiter aktiv oder passiv die Verantwortung dafür teilen, was die Rheinlandkommission nach den Anweisungen der Alliierten, die getrennt von England handelten, zu tun begünne?

Hierauf ergriff Asquith das Wort. Er sagte, die Thronrede sei keine sehr ermutigende Einleitung einer Neo-parlamentarischen Rede. Er wolle sich nur auf die Ruhrfrage beschränken. Der Teil der Thronrede, der sich auf die Politik der britischen Regierung in dieser Frage beziehe, sei

#### ein Zugeständnis der Anfälligkeit Europas.

nach vier Jahren diplomatischen Geplauders und einer Reihe internationaler Konferenzen das Reparationsproblem zu liquidieren oder zu einer endgültigen Regelung zu gelangen. Das Reparations-

problem überschatte noch immer die zivilisierte Welt. Es bestehe keinerlei Neigung, Deutschland die Reparationsleistungen allzu leicht zu machen. Man brauche nicht erstarrt zu sein, daß Frankreich wegen seiner Sicherheit in der Zukunft besorgt sei, aber es gebe kaum einen schlechteren Weg.

Sicherheit zu erhalten, als das Vorgehen Frankreichs an seiner Ostgrenze, wo es möglicherweise für eine Reihe von Jahren ein zweites Elend-Lothringen in Besitz nehme. Am besten wäre es, wenn die britische Regierung der französischen und der deutschen Regierung den Vorschlag machte, zu gestatten, daß das Problem in allen Teilen vom Völkerbund verhandelt werde.

Asquith sagte in seiner Rede noch, von seiner Partei im Hause sei die moralische Verpflichtung Deutschlands in Frage gestellt worden, und es habe keine Neigung bestanden, irgendeine Umgehung dieser Verpflichtungen seitens Deutschlands zu ermutigen oder zu verzögern. Die Frage, um die es sich in Wirklichkeit handele, sei, wie die Erzwingung dieser Verpflichtungen in geeigneter und praktischer Weise gesichert werden könne. Was auch immer erzwungen werden sollte, es müsse geschehen unter der Bedingung, daß

#### das deutsche Wirtschaftsleben nicht zerstört oder gefährdet

und dadurch das gesamte Gebäude des internationalen Handels untergraben werde. Er habe vor drei Jahren die Höchstsumme, die von Deutschland gezahlt werden könne, auf zwei Milliarden Pfund geschätzt, und habe jetzt keinen Grund zu der Annahme, daß die Schätzung zu niedrig sei. Er sei stets ein ergebener Freund Frankreichs gewesen. Er zögere jedoch nicht zu erklären, daß seiner Ansicht nach die große Mehrheit der Bevölkerung Englands, so mißfällig sie auch dem französischen Standpunkt gegenüberstehe und so mißtrauisch sie auch bezüglich der Ehrlichkeit der deutschen Absichten sei, von Herzen den Beschluß der britischen Regierung billige, an dem Ruhrabenteurer sich nicht zu beteiligen. (Beifall.)

Das Mitglied der Arbeiterpartei Buxton, ergriff nach Bonar Lam das Wort und führte aus, er habe vor kurzem und auch vor zwei Jahren im Hause eines Bergarbeiters in Essen gewohnt und könne aus eigener Anschauung sagen, der Druck auf Deutschland bedeute

#### Hunger und Elend für Millionen.

Auf Seiten der deutschen Bevölkerung bestehe kein Wunsch zu Gewalttaten. Die deutsche Arbeiterklasse, insbesondere die Bergarbeiter, seien bestrebt, die Bewegung innerhalb der Grenzen passiven Widerstandes zu halten. Aus dieser Erfahrung heraus könne er den Berichten widersprechen, daß die Streikbewegung im Ruhrgebiet von außen gefördert oder veranlaßt oder durch Angebote oder Versprechungen ermutigt worden sei, sei es von Seiten der deutschen Regierung oder von anderer Seite. Die französische Regierung sei nicht auf Reparationen aus. Es sei sehr wahrscheinlich, daß, wenn eine Lösung dieses Problems gefunden werde, es in der Gestalt eines

#### Übereinkommens zwischen den französischen und deutschen Industriellen

sein würde, wodurch die ersten einen vorherrschenden Einfluß auf die gesamte Eisen- und Stahlindustrie in diesem Teile des Kontinents erlangen würden. Der Premierminister habe als seine Meinung bezeichnet, daß die jetzt von Frankreich besetzte Politik gefährlich und sogar katastrophal für das europäische Wirtschaftsleben sei. Wenn Bonar Law so denke, wie könne er dann eine neutrale abwartende Politik gegenüber dieser Befehre annehmen? Buxton sagte, er könne sich dem Schluß nicht widersetzen, daß die britische Regierung den Zielen des französischen Imperialismus in Westeuropa heimlich Unterstützung gewähre, um ein quid pro quo mit Bezug auf die Ziele des britischen Imperialismus im Nahen Osten zu erhalten.

Der Arbeiterführer Tom Shaw erklärte, als Mitglied eines Ausschusses, der sich nach Deutschland begeben habe, um die Wahrheit über die Dinge herauszufinden, habe er festgestellt, daß eine Durchschnittsteigerung in den Preisen des täglichen Bedarfs wie Straßenbahnfahrten um 200 bis 300 Prozent stattgefunden habe, während die Löhne der Arbeiter nur um das 64fache gestiegen seien. Was die 10 Proz. der Reparationskosten betreffe, die Deutschland versäumt habe, Frankreich zu liefern, so sei dies zum großen Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß Frankreich selbst einen Teil der Kohle zurückgewiesen habe unter der Begründung, daß die Qualität nicht gut genug sei. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die Metallindustrie in Lothringen den Rots aus dem Ruhrgebiet brauche. Es sei ebenfalls Tatsache, daß, wenn Frankreich das Ruhrgebiet dauernd besetze, es fast die gesamten Erzquellen Europas in der Hand haben würde. Ein deutsches Angebot, Nordfrankreich wieder aufzubauen, sei von Frankreich abgelehnt worden. Wenn es für die britische Regierung möglich sei, in Verhandlungen mit

Frankreich zu treten und die Mitwirkung der amerikanischen Regierung zu erhalten, so könne vielleicht eine Möglichkeit für den Frieden bestehen.

London, 14. Februar. (W.B.) In seiner Rede im Oberhaus sprach Lord Curzon zunächst über die Lausanner Konferenz. Er sagte: Kein einziges europäisches Problem kann durch eine einzige Nation allein gelöst werden. Frankreich kann im Ruhrgebiet das deutsche Problem nicht allein lösen, und weder wir noch Frankreich können das Orientproblem allein regeln, nicht nur, weil die Türken keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, um eine Macht gegen die andere auszuspielen, sondern auch, weil alle Mächte das gleiche Interesse an der Lösung dieses Problems haben. Großbritannien sei immer noch bereit, den Friedensvertrag früher oder später zu unterzeichnen.

Bzüglich der Ruhrbefehung sagte er, die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung sei eine wohlwollende Neutralität.

Die Befehung habe bisher keine Vorteile gebracht. Im Gegenteil, alle deutschen Zahlungen und Sachlieferungen seien eingestellt worden. Es gebe in ganz England niemanden, der nicht die größte Sympathie für Frankreich fühle und der nicht unzufrieden damit sei, daß Frankreich die ihm geschuldete Entschädigung noch nicht erhalten habe. Die britische Regierung wünsche nichts zu tun, was geeignet wäre, das Bestehen der französischen Aktion zu erschweren, obwohl sie ihr nicht zustimmen könne. Die Lage der britischen Truppen im Kölner Gebiet sei aber sehr schwierig. Jeden Augenblick könne eine unerträgliche Spannung entstehen, und es dürfe nicht verhehelt werden, daß

#### die Spannung tatsächlich schon sehr groß

sei. Die Regierung sei aber der Meinung, daß die britischen Truppen nicht zurückgezogen werden sollten. Das wünschten weder die Franzosen noch die Deutschen. Was die Frage betreffe, warum England nicht interveniere, so erkläre er, dies könne nur geschehen, wenn beide Parteien damit einverstanden seien. Wenn man jetzt eine Intervention anbieten würde, würde Deutschland sagen, es könne ihr nur zustimmen, wenn die Befehung des Ruhrgebietes aufgehoben würde. Unter einer derartigen Bedingung würde aber wieder Frankreich seiner Intervention zustimmen können. Die Zeit könne aber kommen, wo vielleicht eine andere Antwort erfolgen werde. Ein Versuch, der vor zwei Wochen in Paris unternommen worden sei, um eine Intervention des Völkerbundes zu ermöglichen, sei mißglückt, da nach dem Statut des Völkerbundes eine solche Frage nur durch die betreffende Regierung oder Nation bei dem Völkerbund anhängig gemacht werden könne, während ein derartiger Vorschlag seitens eines Außenstehenden nicht in Erwägung gezogen werden könne. Es brauche aber nicht betont zu werden, daß die britische Regierung warme Sympathie für eine Intervention des Völkerbundes hege. Lord Gren habe darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, daß Deutschland in den Völkerbund eintrete. Dieser Gedanke sei bereits von britischer Seite unterstützt worden, und er hoffe, daß seinerzeit die Bedenken beseitigt sein würden. Wie aber die Dinge jetzt ständen, könne man schwer erwarten, daß Frankreich einer Zulassung Deutschlands zustimmen sollte.

Es befände sich aber noch eine andere große Nation außerhalb des Bundes, deren Mitarbeit von großer Bedeutung wäre. Wie sehr sich auch die öffentliche Meinung in Amerika gegen ein Eingreifen in die europäischen Angelegenheiten sträube, so würden doch die amerikanischen Interessen immer näher davon berührt. England habe von Zeit zu Zeit Anzeichen wahrgenommen, die darauf wiesen, daß Amerika einen anderen Standpunkt einnehmen werde. Er selbst sei noch wie vor der Ansicht, daß eine Intervention Amerikas große Bedeutung haben würde, gleichwohl ob sie durch Vermittlung des Völkerbundes erfolge. Man brauche nicht zu denken, daß er, Curzon, in irgendeiner Weise gegen den Gedanken einer internationalen Aktion zur Lösung der Reparationsfrage sei, im Gegenteil, er sei der Meinung, daß diese Frage früher oder später durch eine internationale Aktion entschieden werden müsse.

#### Der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei.

London, 14. Februar. (W.B.) Eignes wird morgen im Namen der Arbeiterpartei einen umfassenden Abänderungsantrag zur Antwortadresse über die europäische Lage einbringen. Die Erörterung über diesen Antrag wird am Freitag fortgesetzt werden.

Der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei erklärt, die augenblickliche ernste und gefährliche Lage der Dinge in Europa und im nahen Osten sei die sichere Quelle künftiger

## Zeitbild!

Von Willi Birnbaum.

Zahlen regieren die Welt, mein Freund! Bedarf es eines Beweises? Sieh dich nur ein klein wenig um, höre auch nur mit einem Ohr hin, was man um dich herum redet — und du wirst mir die Beweisführung erlassen.

Alle Männlein und Weiblein in unserem Leben Heimatlande üben ihren Geist fleißig am Einmaleins — und nicht einmal am kleinen; das ist nur für ABC-Schützen — und haben es mittlerweile darin zu großen Fertigkeiten gebracht. Es bewährt sich eben auch hier der Satz: Übung macht den Meister!

O — und wie reden die Menschen heuer so geläufig! Hast du vor dem Krieg viel gehört von Saluta, Dollarstand, Effekten, Devisen, Relativitäten und ähnlichen schönen Dingen! Ich versichere dir, du hättest 99 vom Hundert zu jedem düssüchigen Kommentar in die Hand drücken müssen. Heute schlägt jeder Lehrbuch menschenfreundliche Seitenwandler, die Rot ist halt ein großer Behrmeister. Tatsachen beweisen! ...

Und immer düssüchiger werden die Zahlen, immer mehr Russen drängen ganz fest sich hinter die Renner — unaufhaltsam. Es ist bedächtigend, wie breit sich die Ziffern allenthalben machen. Aber Freundchen, ich rate dir, rege dich nicht darüber auf — wenn du einen Händler oder Fabrikanten vor dir hast. Ich weiß es genau: Er rechnet flugs wie eine Rechenmaschine dir aus — am Dollarstand umgerechnet —, daß du nie so billig kaufen kannst wie eben jetzt. Und mit bedeutungsvoller erhobener Stimme und Zeigefinger rät er dir — zu kaufen, denn die neuen Fabrik- oder Rohmaterialienpreise seien schon wieder in schwindelndem Steigen. Aber bitte — sei Menschenfreund! —, verschon ihn mit der Gegenfrage, ob er seine Angelegenheiten oder Arbeiter auch nach dem Dollar entlohnt.

Sag nicht, mein Aelter, Zahlen hätten keine Bedeutung, die hättest du schon als Schulfingergemalt und dir nichts dabei gedacht, höchstens, daß dir die Pünzl poetischer erschiene als die profane Eins, die Acht wie der Doppelring deiner Kinder-Eisenbahnstrecke und die Null so bedeutungsvoll. Die Ziffern sind lebendiggewordene Ungeheuer, wenn sie breitspurig dir auf Preisstufeln ins Auge grinsen. Und wie haben sie auf Menschenhirne und gemalter gewirkt! Die Hausfrau treiben sie zur Verzweiflung, den Mann erfüllen sie mit lähmendem Entsetzen, dem Kinde rauben sie den Schmelz frohlebiger Jugend, selbst dem Poeten, Künstler furchen sie sich tief in Seele und — Wagen! — und unter Menschen, zu Besuch, Festlichkeiten, Besprechungen — und sage mir am Schluß des Quartals, in welcher Zusammenkunft man nicht mit Zahlen jongliert habe. Zeige einem Freunde ein Buch oder Bild, das du liebst, preise es ihm — und sei verwundert, sofern er dir nicht antwortet, deine Bücherlei sei

mindestens soundsoviel tausend Mark wert. Wenn du zur Hochzeit eines deiner Bekannten gewesen bist, verloh dich darauf, er zieht am folgenden Tage eine Bilanz, überrechnend, was sie ihm gekostet, was sie eingebracht, ob sie Defizit oder Ueberschuß ergeben habe. Und wenn die Menschen ins Kino pilgern, selbst dann noch sind sie fähige Rechner; Licht und Heizung, Buch oder Zeitung zu Hause kosten mehr als ein Eintrittsgeld. Mit dieser Argumentation mußt du rechnen, Freund! Also sage mir nicht, unser Zeitalter hätte keinen Einfluß auf Hirn und Gemüt. ...

Aber dennoch gibt es Tage und Stunden, wo man, des Tagelöhnes müde, zu lustigen Höhen des Geistes wandert, zu den Tiefen der Seele steigt, und — unerreichbar den Zeisschwingen aufrecht steht und weit in romantische Gefilde schaut. ... Dann mehre ich allen Eindringlingen erdbehafteter Schmerz mit dem Gottheischen Wort, das weiltig sichtbar auf dem Bühnengestell in braunem Rahmen zu lesen steht: „Der Mensch soll nicht klagen über seine Zeit, dabei kommt nichts heraus, die Zeit ist schlecht: Wohlan, er ist da, sie besser zu machen!“

Die „Masken“ in der Alhambra. Immer neue russische Unternehmungen tauchen in Berlin auf. Ein neues russisch-deutsches Theater spielt jetzt in der Alhambra am Kurfürstendamm. Es hat dieselben Vorzüge und denselben Charme, den seine Vorgänger auf diesem Gebiet aufwiesen; den aus der russischen Volkstanz übernommenen Sinn für lebhafteste Farbenwirkung (rot und schön sind im Russischen identisch), die Liebe zum volkstümlichen Lied und Spiel, die Freude am Kostüm (diesmal ist's die Krinoline, die den Vorwand für die sorgliche Aufmachung bietet) und das feine musikalische Gefühl. Das vorgeführte Genre bewegt sich in den nun schon bekannten Bahnen. Besonders gefallen: eine Quadrille und der perodische Chor, der eine Serie von uligen Typen aufweist. Die Verbindung mit dem deutschen Publikum wußte der Conferencier auf lustige und feine Art herzustellen. ...

Keine Verleihung des Schiller-Preises. Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, die Verleihung des Schiller-Preises für dieses Jahr auszuschieben, gleichzeitig hat es dem Antrag des preussischen Kultusministers auf Verdoppelung des Preises für den nächsten Termin zugestimmt. Es sei bemerkt, daß die Verleihung des Schiller-Preises schon öfter ausgesetzt worden ist. In den Jahren 1869—1889 ist der Schiller-Preis überhaupt nicht verliehen worden, weil die Kommission kein Wert für vollkommen geeignet hielt. Die für die diesmahlige Verleihung des Schiller-Preises gebildete Kommission hat sich in ihren Vorschlägen nicht einigen können. Während der engere Ausschuß die Tragödie „Seele und Schicksal“ von Reinhold Goring krönen wollte, ist von mehreren Mitgliedern des Gesamtschusses der Dramatiker Burle für das Schauspiel „Ratte“ in Vorschlag gebracht worden. Hier von den sieben Mitgliedern der Kommission sprachen sich auch für eine Teilung des Preises zwischen Frlg von Urruh und Goring aus.

Ein Jubiläum der Stiefelwähe. Es gibt so manche „Kulturerrungenschaft“, ohne die wir uns unser alltägliches Leben gar nicht mehr denken können, und wir wundern uns, zu erfahren, daß diese Dinge verhältnismäßig jung sind. So sind wir z. B. jetzt in der Lage, den 100. Geburtstag der Stiefelwähe zu feiern. In dem Roman „Wähe“ ist noch immer das alte Wähe enthalten, das ursprünglich zum Schwärzen der Stiefel verwendet wurde. Das Schwärzen der Schuhe kam vor einem Vierteljahrtausend in Mode. Damals wurden die großen Schafstiefel bei den Herren modern, und um diesem derben Kleidungsstück etwas Eleganz zu verleihen, wuschte man die Stiefel nicht mehr in der Naturforde tragen, sondern bestrich den Schoß mit zerlassenen Wachs und plattete ihn dann mit einem Seiden- oder Spiegelfleisch; die übrigen Teile schwärzte man glanzlos mit Ruß. Dieses schwarze Verfahren erhielt sich dann durch das ganze 18. Jahrhundert. Aber vor 100 Jahren etwa veröffentliche ein berühmter Pariser Schuster Sakowski ein aufsehenerregendes Werk, betitelt „Ein Blick auf die Unvollkommenheiten des Schuhwerks“. Er wandte sich gegen die allzu weite und allzu enge Fußbekleidung, bekämpfte die „Hühner- oder Krähenaugen“, die dadurch hervorgerufen wurden. Damals kamen farbige Stiefel und Schuhe ohne Ruß auf, die den Druck verringern sollten. Am meisten aber ärgerte man sich über die Wähe. Sie bestand damals aus einer Mischung von Eiern und Ruß, und die elegantesten Damen wuschten sich die Hände und die Kleider beschmiereten, wenn sie die Füßchen in solche Schuhe steckten. Endlich aber nahm die Erfindung von allen Wäheforgeren. Ein erfindungsreicher Engländer, namens Hunt, stellte eine Wähe her, die aus Sgrub, Gummi, Bismut, Beinschwartz und Schwefelsäure bestand und die wegen des prachtvollen Glanzes, den sie hervorrief, „Blanzwähe“ genannt wurde. Der glückliche Schöpfer dieser neuen „Mischung“ wurde zum schmerzreichen Ranne und brachte es sogar zum Parlamentsmitglied.

Der „Kunstmantel“ unter neuer Leitung. Herdman Koenig hat die Herausgabe des „Kunstmantel“ nach 36-jähriger Arbeit niedergelegt. Sein Nachfolger wird Wolfgang Schumann, der, wie Koenig sagt, mit dem „Kunstmantel“ zusammen auf- und sozialisiert in ihn hineingewachsen ist. Koenig selbst bleibt Herausgeber der „Kunstmantel“-Unternehmungen. Seine Hauptkraft will er zum Kampf gegen den Weltwahn von der deutschen Niedertrügigkeit einlegen. ...

Der Tanzabend von Gerda Selim am 18. Februar im Blüthner-Saal beginnt nicht um 7,5 Uhr, sondern um 8 Uhr.

Emmanuel Weicker wird nach fast zehnjähriger Abwesenheit von Berlin zum ersten im Renaissance-Theater auftreten. Er spielt den Kaiser Franz in Lichtkoffs Schauspiel „Die Juden“.

Eine Tagung der Rosenkranzianer findet in Berlin am 17. in der Universität statt. Zur Verhandlung steht das Thema „Ererbung und Erziehung“. Referenten sind Prof. Volz und Studentent Schlemmer.

Deutsche Kunst für Japan. Die Japaner, deren Geschmack seit einiger Zeit sich der westlichen Kunst zuwendet, gehen jetzt daran, auch die deutsche Kunst unserer Zeit in ihrem eigenen Lande zu kultivieren. Große Kunstausstellungen unserer Kunst werden demnächst in Kobe, Tokio und Yokohama stattfinden. Die dort gezeigten Werke, die von Wenzel bis zu den neuesten reichen und in Deutschland angekauft wurden, sollen dann drei großen Museen neuerer Kunst in Japan einverleibt werden.

Kriege und bedeute eine ernste Verschärfung der Arbeitslosigkeit und eine Verminderung der Löhne in Großbritanien. Der Antrag gibt dem Bedauern Ausdruck, daß keine Politik in diesen Fragen angegeben werde, die dem fortschreitenden wirtschaftlichen Ruin Europas Einhalt tue, die eine allgemeine Streichung der internationalen Schulden vorsehe, als wesentlichen Teil einer umfassenden allgemeinen Regelung, die den Völkerbund zum Vertreter aller Völker mache und ihn sowohl zur Verhinderung von Kriegen als auch zum Schlichter in dringenden und kritischen Fragen, wie der der Besetzung des Ruhrgebietes, sowie für die baldigste Neuverhandlung der Bestimmungen — insbesondere der wirtschaftlichen — der Friedensverträge, die, solange sie in Wirklichkeit seien, die auf wirtschaftlichen Wiederaufbau und Frieden gerichteten Bestrebungen aller Regierungen zunichte machen würden.

### Die Vernunft auf dem Marsche.

**Protest des Lyoner Stadtrates gegen die Ruhrbesetzung.**  
Paris, 14. Februar. (EE.) Der Lyoner Stadtrat nahm mit einer Mehrheit, die aus Radikalsocialisten und Sozialisten zusammengesetzt war, folgende Resolution an: Ueberzeugt, daß die Politik, die zur militärischen Besetzung des Ruhrgebietes führte, durch einen republikanischen Willen hätte vermieden werden können, der die Entwicklung des Einvernehmens der Demokratien begünstigt hätte, protestieren die Stadträte von Lyon gegen einen Nationalismus, der es nicht gestattet, ein Einvernehmen zu suchen. Sie hegen den Wunsch, daß an die Stelle gewalttätiger Lösungen eine neue juristische Ordnung treten möge, und sie fordern, um die Reparationszahlungen zu erleichtern, daß ein wirtschaftlich-finanzielles Einvernehmen studiert werde und daß die Lösung aller nationalen Konflikte, insbesondere jener, die sich aus der Liquidierung der Kriegsschulden zwischen den Staaten ergeben, dem Völkerbunde übergeben werden.

### Belgien drängt auf Rheinwährung.

Paris, 14. Februar. (EE.) Das „Journal“ will wissen, daß der belgische Ministerpräsident Theunis schon heute in Paris eintrifft und mit Poincaré Besprechungen um die Einführung der „rheinischen Mark“ haben werde. Die französische Regierung zögere noch immer. Wenn man plötzlich verkünde, die deutsche Mark habe keine Geltung mehr und sei durch eine rheinische Mark ersetzt, so würde dies nicht ohne Verwicklungen durchgeführt werden können, außer, daß man sich entschließen sollte, die gesamte Verwaltung des besetzten Gebietes zu übernehmen. Derartige Gefährlichmomente lasse die belgische Regierung außer acht. Sie erkläre, daß, wenn die Uebernahme gewisser Pfänder, z. B. der Eisenbahnen der Eisenbahnen, nur Papiermark brächten, alle gemachten Anstrengungen im voraus wertlos wären.

Wahrscheinlich werde man eine Entscheidung treffen, die einer effektiven Verwertung derjenigen Pfänder gleichkomme, die die Alliierten besitzen; dann könnte der technische Dienst der Banque de France sehr bald in der Lage sein, das neue Papiergeld in Umlauf zu setzen. (Es soll nämlich schon gedruckt sein. Red.)

Die neue Banknote würde durch effektive Garantien unterstützt werden und infolgedessen große Volatilitätswirungen nicht zu befürchten sein. Finanzminister de Lasteyrie glaubt, daß die Befähigungskosten monatlich 40 Millionen Frank betragen werden, wozu noch andere Ausgaben für verschiedene militärische Dienste kommen, so daß man mit einer Jahresausgabe (I) von 750 Millionen Frank zu rechnen hätte.

### Ewald Vogtherr.

Pflicht und alle Welt überraschend hat der Tod am Dienstag den Reichstagsabgeordneten, Genossen Ewald Vogtherr, Minister des Freistaats Braunschweig, aus dem Leben gerissen. Noch an der Reichstagsitzung vom Dienstag hätte er teilgenommen und war noch in fröhlicher Stimmung, als er von seinen näheren Bekannten Abschied nahm. Er folgte der Einladung eines befreundeten Kaufmannes in Steglitz zum Abendessen und wurde von diesem begleitet, als er sich nachts in seine Wohnung begeben wollte. Unterwegs wurde Vogtherr auf dem Augustplatz in Sichtersfelde plötzlich von einem Unmohlschein befallen und mußte sich auf einer Bank niederlassen, während der Freund bemüht war, Hilfe zu holen. Als er zurückkehrte, war Vogtherr inzwischen verstorben. Augenscheinlich hatte ein Herzschlag seinem Leben plötzlich ein Ziel gesetzt. Die Leiche wurde vorläufig nach der Leichenhalle des Parkfriedhofes in Sichtersfelde gebracht.

Mit Vogtherr verliert die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie einen alten und stets arbeitsbereiten Genossen, der auf eine lange parlamentarische Erfahrung zurückblickt. Im November 1859 in Landeshut (Schlesien) geboren, widmete er sich nach Beendigung seiner Schulzeit dem kaufmännischen Beruf und unterhielt zu Beginn der neunziger Jahre ein Eisenwarengeschäft in Berlin. Von 1889 bis 1899 gehörte er der Berliner Stadtverordnetenversammlung an, und in der Wahlperiode von 1893 bis 1898 war er für den damaligen dritten Berliner Wahlkreis in den Reichstag gewählt. Später hielt er sich längere Zeit in Stettin auf, von wo er im Jahre 1912 erneut in den Reichstag entsandt wurde. Nach der Revolution wurde er wieder vom Wahlkreis Pommern in das Parlament der Republik gewählt.

Innerhalb der alten Partei hat Vogtherr immer auf dem linken Flügel gestanden. Und als während des Krieges die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ aus der Gesamtkraft auswich, wurde Vogtherr Fraktionssekretär der neuen Gruppe, der Vorläuferin der späteren USP-Fraktion. Als Mitglied der USP wurde er auch beigeordneter Staatssekretär im Reichsmarineamt während der Regierung der Volksbeauftragten. Vor einigen Monaten wählte ihn der Landtag in Braunschweig, wo er bis dahin das Parteibüro der USP redigierte, zum Justizminister. Dies Amt hat er nur kurze Zeit ausüben können.

Die Partei betrauert in dem so plötzlich Dahingegangenen einen Genossen von großem Fleiß und nie ermüdetem Eifer für die Sache der Arbeit. Die schweren Zeiten des Parteilebens haben ihn oft in scharfem Kampf gerade gegen seine früheren und jetzigen Parteigenossen von der alten Sozialdemokratie gesehen, aber über dem Streik der Meinungen stand doch das gemeinsamen Interesse, den Sozialismus zum Siege zu führen. Und so grüßen wir den Kameraden, den der Tod so plötzlich aus dem Leben riß.

Er hat zu rechtlichen Taten mitgewirkt, um die sozialistische Weltanschauung zu verbreiten. Wir Ueberlebenden wollen an die Arbeit gehen, um das Werk zu vollenden!

Nachfolger Vogtherr im Reichstag ist nach dem Wahlerfolg der früheren USP, der Abgeordnete August Müller in Stettin.

### Das teuere Sterben.

Die Teuerung wächst, und immer drohender erhebt das Gespenst des Massensterbens sein Haupt. Der Wohlfahrtsminister Hirtfelder hat kürzlich im Preussischen Landtag auf die Folgeerscheinungen der Unternahrung hingewiesen. Verlässliche Hilfe sieht da nichts mehr; sie wird ohnehin infolge der gestiegenen Honorararäfte in Krankheitsfällen immer leistung in Anspruch genommen. Tritt aber in einer Familie ein Todesfall ein, so bedeutet das geradezu eine Katastrophe für weite Kreise der Bevölkerung. Die Kosten für Sarg, Friedhof, für Beerdigungskosten sind unvorstellbar. Bei einer noch so einfachen Beerdigung beziffert sich die Kosten auf 120—150 000 M. Kommt Feuerbestattung in Frage, so sind die Ausgaben zwar geringer als bei Erdbestattung, aber auch sie steigen sprunghaft infolge der dauernd steigenden Kohlen- und Kokspreise und der persönlichen Kosten.

Die öffentlichen Körperschaften können sich der Pflicht nicht länger entziehen, hier regelmäßig und mildtätig einzugreifen. Das wird nach verschiedenen Richtungen hin möglich sein. Zunächst auf dem Gebiete der Beerdigungskosten. Man teilt uns mit, daß Verhandlungen schweben, in welcher Weise die Gebühren auf den städtischen Friedhöfen herabgesetzt werden können. Man will die Gräfte nicht mehr so tief wie bisher herstellen, man erwägt, ob man nicht die Hügel in Form von Hügelgräbern machen kann. In vielen anderen Städten findet man Gräber ohne Hügel, bei uns in Berlin hält die Bevölkerung am Hügel fest. Ferner berathschlagt man über die Herstellung eines Einheitsbarges. Und selbst wenn diese keinen Mittel eine kleine Beerdigung herbeiführen würden, so würden sie immer nur für die städtischen Friedhöfe Geltung haben können. Die Mehrzahl der Friedhöfe sind aber im kirchlichen Besitz. Leider haben die Gemeinden bei den kirchlichen Behörden immer starken Widerstand gefunden, das Friedhofswesen durch die Gemeinde zu vereinfachen.

Wie heute die Dinge stehen, muß eine radikale Veränderung eintreten. Die Gemeinde muß in den Stand gesetzt werden, einheitlich das Bestattungswesen zu regeln. Der Staat und seine Gesetzgebung muß den Gemeinden Vollmachten geben, das Beerdigungswesen obligatorisch zu regeln. Die Bezirksversammlung des Bezirks Wedding hat in ihrer letzten Sitzung einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, der vom Magistrat Maßnahmen verlangt, die eine Herabsetzung der heute im Uebermaß gewachsenen Beerdigungskosten herbeiführen und der ferner fordert, daß die Gemeinde das Bestattungswesen in eigene Hand nimmt. Um letzteres zu erreichen, müssen die Staatsbehörden mobil gemacht werden, damit sie den Gemeinden die nötigen Vollmachten für obligatorische Beerdigung erteilen. Es ist so weit gekommen, daß bei den steigenden Holzpreisen heute schon in manchen Orten die Leichen ohne Sarg in eine Grube kommen oder nur mit einem Parabolarg, der nach Verlassen des Grabes durch die Angehörigen wieder zu neuer Verwendung aus der Grube herausgenommen wird. In manchen Städten werden heute schon bei den Einäscherungen Pappfärge verwendet, obwohl diese auch hoch im Preise stehen.

Unter allen Umständen aber muß auf dem Gebiete des Bestattungswesens eingegriffen werden und muß den Gemeinden die Befugnis erteilt werden, das gesamte Beerdigungswesen obligatorisch einheitlich zu gestalten.

### Verlängerung der Polizeistunde.

Die bisherige scharfe Durchführung des Tanzverbotes und der 11-Uhr-Polizeistunde hat sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber zu wirtschaftlichen Schädigungen geführt, die schwerer sind, als man annehmen durfte. Manche Saalbesitzer, die ganz und gar auf das Sonntagsgeschäft mit Tanz angewiesen waren, stehen vor dem Ruin. Es ist nunmehr den Bemühungen der Organisationen gelungen, die Verhandlungen mit dem Ministerium des Innern und dem Polizeipräsidenten soweit zu fördern, daß ein amtlicher Erlaß, der die Polizeistunde durchgehend auf 12 Uhr verlängert und in der Woche drei Tanzabende zuläßt, unmittelbar bevorsteht. Den Gastwirten und Saalbesitzern soll aufgegeben werden, Sorge dafür zu tragen, daß aller strengste Selbstkontrolle gegen Ausschüß geübt wird.

### Der Fall Glasomersti.

**Ein Stillschleppungsprojekt aus Oberschöneweide.**  
Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute vormittag der Prozeß, der sich mit der Angelegenheit des Pfarrers Glasomersti in Oberschöneweide beschäftigt. Seit acht Jahren sind die Desfentlichkeit und die Gerichte mit den gegen Pfarrer Glasomersti erhobenen Beschuldigungen in Bewegung gesetzt worden und haben nunmehr zu einer Anklage gegen den 47-Jährigen alten Stukfleur Ernst Malchow wegen Stillschleppungsverbrechens und gegen die jetzt 22-jährige Wella Köhler wegen Meineides geführt. Der Sachverhalt ist folgender: Die Köhlerin hatte am 10. November 1915, zwei Tage vor Vollendung ihres 14. Lebensjahres ein Kind zur Welt gebracht. Sie hat wiederholt angegeben, daß der Vater dieses Kindes Pfarrer Glasomersti sei, bei dem sie damals Konfirmandenunterricht hatte. Es wurde auch ein Verbrechen gegen den Geistlichen wegen Stillschleppungsverbrechens eingeleitet, bald aber wieder eingestellt. Glasomersti behauptet, daß er niemals etwas mit seiner Konfirmandin zu tun gehabt hätte. Später nahm sich der Ankläger des Falles ein früherer Pfarrer, Professor Schöler, an, der seine Entlassung auf das Betreiben des Pfarrers Glasomersti zurückführt. Nunmehr nahmen sich die Oberschöneweider Zeitungen der Angelegenheit an, und es erschienen mehrere Artikel über den Fall, wobei sich ergab, daß ein gewisser Malchow, der damals bei der Mutter der Köhlerin gewohnt hatte und mit ihr in Beziehungen gestanden haben soll, der Vater des Kindes sein soll, und die Anschuldigungen gegen Pfarrer Glasomersti jeder Grundlage entbehren. Jetzt soll die Sache in einem auf vier Tage berechneten Prozeß endgültig geklärt werden. Es ist ein großes Zeugenaufgebot zur Stelle. Der Angeklagte Malchow ist ein vielfach vorbestrafter Mensch.

### Großfeuer am Rurfürstendamm.

In der Nacht zum Mittwoch kam in Charlottenburg, Rurfürstendamm 174, C.A. Dahlmannstr., aus dem noch unbekannter Ursache ein großes Feuer zum Ausbruch und verursachte den Wehnen aus Charlottenburg, Wilmersdorf und Berlin viel Arbeit. Die Gefahr wurde in der zehnten Abendstunde erst bemerkt, als die Flammen schon hell und weit in sichtbar aus dem Dache des modernen Wohnhauses mächtig emporloderten. Die Charlottenburger Feuerwehr aus der Kanalarstraße war schnell zur Stelle. Andere Löschrüge folgten aus weiteren Alarm. Branddirektor Bahadi ließ unverzüglich sechs Schlauchstellungen von Rotorspritzen über die Treppen und mehrere mechanischen Leitern vornehmen und unausgesetzt löschen. Die Flammen hatten an dem Inhalt der Bodenröhren und der Dachkonstruktion so reiche Nahrung gefunden, daß längere Zeit Wasser gegeben werden mußte. Erst in später Nachtstunde war die Gefahr gebannt.

### Eine soziale Frauenschule.

Die Stadt Berlin ist auf dem Wege, ihrem Berufsschulwesen eine Schule für die Arbeit auf sozialem Gebiete einzufügen. Da die Finanzverhältnisse der Stadt zurzeit die Schaffung einer eigenen Schule verbieten, so soll vorläufig eine weitgehende Anlehnung der Ältesten, von Alice Salomon geleiteten Sozialen Frauenschule an die Stadt herbeigeführt werden. Geplant ist die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, in der die Stadt, das Rote Kreuz und die Gruppen für soziale Arbeit vertreten sein sollen. Dieser „Halbkommunalisierung“, die der Stadt einen entscheidenden Einfluß sichert, ohne die Ausgaben zu stark anzuheben zu lassen, widerstreben die Rechtsparteien, weil sie in der Vorrangstellung einer

interkonfessionellen, von der Stadt mit getragenen Schule eine Gefährdung der privaten konfessionellen Frauenschulen erblicken. Die Gegner der Kommunalisierung finden sich also auch auf sozialem und kulturellem Gebiete zusammen! Die Sozialdemokratie hat der vorläufig halben Lösung des Problems eigener sozialer städtischer Schulen im Ausschuss zugestimmt, und es steht zu hoffen, daß die Demokraten in dieser Frage nicht am Strang konfessioneller Wohlfahrtspflege ziehen werden. Sie müßten ja sonst all ihren Grundgedanken geradezu ins Gesicht schlagen. Bedauerlich ist, daß mit dem Zentrum, das sonst in Wirtschaftfragen durchaus vernünftigen Erwägungen zugänglich ist, hier gar nicht zu reden ist; evangelische und katholische Engbergigkeit wandern in Kulturfragen von jeder Arm in Arm.

### Ein Pfund Kartoffeln 60 Cent.

**Programmatisch einsehender Wucher der Landwirte.**  
Die vor mehreren Tagen angekündigte Kartoffelpreiserhöhung ist inzwischen Tatsache geworden, da im Kleinfachhandel das Pfund Kartoffeln heute 60 Cent kostet. Die Preisprüfungsstelle hat sich an das zuständige Ministerium gewandt, um von diesem Maßnahmen gegen die enorm hohen Kartoffelpreise zu verlangen.

Während die Bauern sich sonst auf die im Januar übliche Rente beriefen und die Mieten nicht öffnen wollten, um den Frost nicht in die Lagerbestände einbringen zu lassen, entschuldigten sich die Produzenten diesmal mit dem anhaltenden Regenwetter. Es sei ihnen nicht möglich gewesen, mit ihren Geplänen durch das ungewöhnliche Erdreich an die Kartoffelsetzlinge heranzukommen und so wurde die Ware in steigendem Maße zurückgehalten. Nachdem jetzt der Frost eingelebt hat, sei es überhaupt nicht möglich, Kartoffeln aus der Erde herauszunehmen und zu den Bahnhöfen zu bringen. Alle diese Schwierigkeiten werden jedoch schnell überwunden, sobald der Kartoffelzweckler auf dem Lande Preise von 4000—4500 M. anlegt. Die Landwirte haben nämlich das scheinbar richtige Rechenexempel aufgemacht, daß bei der tatsächlich vorhandenen Knappheit an Futtermitteln und besonders an Kleie, ein Teil der Kartoffeln für die Viehfütterung zurückbehalten werden muß. Die Landwirte rechnen, daß 5 Zentner Kartoffeln in ihrem Nährwert einem Zentner Roggenmehl gleichzusetzen sind. Nun kostet ein Zentner Roggen augenblicklich etwa 40 000 M. und so ist das erste Bemerkenswerte Ziel der landlichen Erzeuger, den Kartoffelpreis auf der Grundlage des Roggenpreises zu erreichen und noch dem Verhältnis 5:1 die Kartoffeln langsam auf 8000 M. in die Höhe zu treiben. Die bisherigen Kartoffelpreise, die die Landwirtschaft erhalten hat, werden von Fachleuten als vollkommen ausreichend bezeichnet.

Der Buchdrucker Rudolf Benz, Berlin SW., Helmstr. 22, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem in unserer Notiz: Ein fasscher Geltungspreis für genannten Rudolf Benz nicht identisch ist.

**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung.** Das von der außerordentlichen Generoversammlung am 1. Februar d. J. angenommene neue Statut ist unterm 12. Februar in des Genossenschaftsregister eingetragen und hat damit Rechtskraft erhalten.

**Erhöhung der Bäderpreise.** Der ständige Ausschuss zur Festsetzung der Preise in den städtischen Badeanstalten hat folgende erneute Preisfestsetzung mit Wirkung vom 12. Februar 1923 ab beschlossen, die zwar eine schwere, aber leider unumgänglich zu machende Belastung der Konsumenten bedeutet. Es werden nunmehr kosten: 1 Bannbad 600 M. (Selbstkostenpreis 700 M.), 1 Brausebad für Erwachsene 300 M., für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler usw. 200 M., für Kinder 150 M.; 1 Schwimmbad für Erwachsene 400 M., für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler usw. 300 M., für Kinder 200 M., für Schulkinder bei Klassenreisen Besuch 50 M. Sonntags wird auf die genannten Preise ein Zuschlag von 50 Proz. erhoben.

Die Straßenbahn kostet in Leipzig vom 11. Februar ab 300 M. Welch ein Trost für uns glückliche Berliner!

Die Generalversammlung des Zoologischen Gartens wird heute abends um 8 Uhr, nachmittags 5 Uhr, in den Räumen der Restauration einberufen. Außer den Regularien steht auf der Tagesordnung: Verdickung über die Fortgabe des Erbbaurechts an einem Gartenteil, sowie Festlegung der Vergütung für Aktien-Rebenarten in diesem Jahre.

**Sprech-Chor für die proletarischen Feiertage.** Besonderer Umstände halber kann die Liederschule am Donnerstag nicht abgehalten werden; sie findet bestimmt am Sonnabend, den 17., abends 7 Uhr, in der Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich erscheinen.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit wiederholten Schneefällen, etwas gelinderem Frost und schwachen nördlichen Winden.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Einigungsmarken sind nunmehr seit über vier Monaten im Umlauf, und trotz mehrfacher Aufforderung von einer Anzahl Abteilungen immer noch nicht vollständig abgerechnet worden. — Persönliche Mahnungen kosten unzeit viel Worte. — Wir bitten deshalb auf diesem Wege nochmals dringend um die sofortige Abrechnung dieser Marken. J. A.: Max Engels.

### Heute, Mittwoch, den 14. Februar:

- 1. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schule Engländerstr. 68. Thema: Die politische Lage. Ref.: Gen. Bernhard Köhler.
- 2. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Ohmewald, Kommandantenstr. 68. Vortrag: Die politische Lage. Ref.: Gen. Emil Lehmann.
- 7. Abt. Schöneberg, 4. Weg. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Wll. Martin-Suhrstr. 68. Thema: Die politische Lage. Ref.: Gen. Arthur Gieseler.

### Morgen, Donnerstag, den 15. Februar:

- 107. Abt. Alt-Schönholz-Falkenberg, 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Meyer, Gen. Falkenberg. Thema: Die ständigen Gänge der Ruhrbesetzung. Ref.: Gen. Bernhard Köhler.

Kellern 1. Sonntag, 18. Februar, Gruppenlehre in Güterghof beim Schloß Schloß. Referat: Was bringt der ortsübliche Staatschausalt für 1923 für das Proletariat? Referent: Gen. Dr. Orange.

### Devisenkurse.

	14. Februar		13. Februar	
	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Schwarz) Kurs	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Schwarz) Kurs
1 holländischer Gulden	9226.87	9273.18	10922.62	10877.88
1 argentinische Papier-Peso	8878.25	8721.75	10224.57	10275.65
1 belgischer Franc	1281.01	1238.00	1508.71	1516.29
1 norwegische Krone	4390.12	4380.88	5231.92	5238.07
1 dänische Krone	4889.—	4411.—	5236.57	5268.15
1 schwedische Krone	6159.56	6190.44	7381.62	7368.88
1 finnische Mark	612.40	615.54	723.17	721.88
1 japanischer Yen	1172.—	1128.—	13260.75	13333.25
1 italienische Lire	1117.20	1122.81	1386.65	1343.85
1 Pfund Sterling	00226.25	109778.75	2967.—	180325.—
1 Dollar	23441.25	21558.75	27630.25	27769.25
1 französischer Franc	1406.47	1413.53	1708.21	1716.79
1 brasilianischer Milreis	2643.87	2659.68	3142.12	3167.88
1 Schweizer Franc	4359.—	4411.—	5211.98	5238.07
1 spanische Pefeta	3630.85	3660.15	4339.12	4380.88
100 österr. Kronen (abgrst.)	—	—	89.80	89.50
1 tschechische Krone	—	—	—	—
1 ungarische Krone	—	—	10.57	10.63
1 bulgarische Pevna	—	—	160.50	161.41
1 jugoslawischer Dinar	—	—	374.81	275.69

